

## A24 Feministisch ins Superwahljahr 2021!

Antragsteller\*in: Emma Unser, Philine Niethammer, Marlene Jahn, Annka Esser  
Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr  
Status: Modifiziert

### Antragstext

1 Feministisch ins Superwahljahr 2021!

3 Egal ob auf Bezirks-, Landes- oder Bundesebene - Unsere queerfeministischen  
4 Kämpfe müssen überall und radikal geführt werden, um das Patriarchat endlich zu  
5 überwinden.

7 Feminismus - queer, intersektional und trans\*inklusiv.

8 Die GRÜNE JUGEND Berlin setzt sich für die Anerkennung und  
9 Gleichstellung/berechtigung aller Geschlechtsidentitäten und sexuellen  
10 Orientierungen ein. Wir kämpfen für die Rechte auf sexuelle und körperliche  
11 Selbstbestimmung von Frauen, Inter, nicht-binär, Trans und Agender\*.

12 Ein Feminismus, der FINTA\*-Gruppen von dem Recht auf sexuelle und körperliche  
13 Selbstbestimmung ausschließt, ist für uns kein Feminismus.

14 Wir positionieren uns klar gegen TERFs (trans-exclusionary radical feminists)  
15 und solidarisieren uns mit Sexarbeiter\*innen.

16 Rechte auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung

- 17 • Misogyne Gesetze sollen Personen mit Uterus in unterdrückten Rollen halten  
18 und patriarchale Strukturen aufrechterhalten. Daher fordern wir allen  
19 FINTA\*-Personen das Recht über ihren eigenen Körper uneingeschränkt zu  
20 gewähren. Das Recht, eine Schwangerschaft zu beenden, ist Teil der  
21 sexuellen und körperlichen Selbstbestimmung.
- 22 • Sicherer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gehört zur medizinischen  
23 Grundversorgung und muss auch in Krisenzeiten zugänglich sein.
- 24 • - Die Beratungspflicht und die Wartezeit müssen ab sofort und für den  
25 kommenden Zeitraum ausgesetzt werden. Das Beratungsrecht muss immer und  
26 kontaktlos gewährleistet werden.
- 27 • - Wir brauchen niedrigschwellige und unbürokratische Lösungen (z.B.  
28 Online-Anträge für Kostenübernahme bei den Krankenkassen). Bei  
29 Kostenübernahme für einkommensschwache Personen die aktuelle Lage  
30 berücksichtigen z.B. bevorstehender Verlust des Einkommens
- 31 • - Der sogenannter Home-Use von medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen  
32 mit telemedizinischer Begleitung muss geprüft und gegebenenfalls erlaubt  
33 werden (nach Richtlinien der WHO)
- 34 • Schwangerschaftskonfliktberatungen sind wichtig und gut, wenn sie nicht  
35 verpflichtend sind. Beratungsstellen, die nachweislich keine  
36 ergebnisoffene Beratung anbieten, sollten überprüft werden. Die

37 Beratungsstellen im Land Berlin müssen ergebnisoffen sein und dürfen nicht  
38 von Abtreibungsgebner\*innen durch ideologische Beratung vereinnahmt  
39 werden.

- 40 • Was mit dem Inhalt eines Uterus passiert, geschieht auch mit dem  
41 zugehörigen Körper. Das Recht eines Fötus oder Embryos darf das Recht der  
42 Schwangeren Person auf ein selbstbestimmtes Leben und sexuelle  
43 Selbstbestimmung nicht beschränken. Wir fordern die Streichung von §218  
44 und §219 aus dem Strafgesetzbuch.
- 45 • Sowohl medikamentöse als auch operative Abbrüche müssen als Kassenleistung  
46 und ohne Einschränkung von diesen übernommen werden. Der Zugang zu  
47 sicheren Schwangerschaftsabbrüchen darf keine Frage des Geldbeutels sein!
- 48 • Wir fordern eine Auseinandersetzung mit etwaigen Versorgungsdefiziten in  
49 Berlin und Umgebung. Um eine flächendeckende Infrastruktur in ganz  
50 Deutschland zu gewähren, sollte eine Kooperation und Unterstützung der der  
51 Infrastruktur in den umliegenden Bundesländern geprüft werden. Die  
52 Finanzierung von ausreichend vielen qualifizierten Beratungsstellen muss  
53 das Land Berlin langfristig sichern.
- 54 • Solange die Beratungspflicht nicht abgeschafft ist, muss eine  
55 flächendeckende Beratungsinfrastruktur gewährleistet sein.
- 56 • Schwangerschaftsabbruch in die medizinische Lehre, Praxis sowie  
57 Gesundheitsforschung integrieren, um die Versorgungssituation und  
58 Wissensstände zu verbessern.

#### 59 Antirassistisch und intersektional

- 60 • Der fehlende Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist nicht das einzige  
61 Problem. Wir müssen über die Entkriminalisierung von Abtreibung  
62 hinausdenken und auf die Stimmen von BIPOC, queeren und be\_hinderten  
63 Menschen mit Uterus hören. Diese erfahren darüber Diskriminierung im  
64 Zusammenhang mit sexueller und körperlicher Selbstbestimmung, z.B.  
65 Kriminalisierung ihrer Schwangerschaft oder eines  
66 Familiengründungswunsches. Die GRÜNE JUGEND Berlin unterstützt das aus der  
67 Schwarzen feministischen Bewegung stammende Konzept „Reproductive  
68 Justice“, um die Perspektiven außerhalb der weißen, heteronormativen und  
69 able-bodied Norm sichtbar zu machen.
- 70 • Der Kampf für sexueller Selbstbestimmung muss antirassistisch und  
71 intersektional gedacht und geführt werden. Wir müssen uns von Denk- und  
72 Handlungsmustern des weißen Feminismus emanzipieren.
- 73 • Neutralitätsgesetz muss abgeschafft werden

75 Patriarchale Wissenschaft, Forschung und Bildung überwinden

- 76 • Die Forschung und Wissenschaft darf nicht länger von der cis-männlichen  
77 Sichtweise und der cis-männlichen, heteronormativen "Norm" dominiert  
78 werden.
- 79 • Schul- und Medizinbücher müssen die Klitoris aufnehmen und abbilden.  
80 Bildungseinrichtungen müssen zur Enttabuisierung der vermeintlich  
81 „weiblichen“ Geschlechtsorgane und Lust beitragen. Das Thema sexuelle  
82 Aufklärung muss eine größere Rolle in der Schule spielen.
- 83 • Solange in Schulbüchern immer noch von „Schammlippen“ die Rede ist, werden  
84 sich auch weiterhin Menschen für ihre Vulva schämen. Daher „Vulvalippen“  
85 in den Duden!
- 86 • Thematisierung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Berliner  
87 Bildungseinrichtungen. Queere Aufklärungsprojekte sollten stärker  
88 staatlich gefördert werden.

89 Datenerfassung - Gender Data Gap überwinden

- 90 • Die geschlechterbezogene Lücke in wissenschaftlichen Daten, Gender Data  
91 Gap muss überwunden werden. Sie ist Grundlage für ganz alltägliche Folgen  
92 einer Politik, die aus einer cis-männlichen Perspektive gemacht wurde und  
93 wird.

94 Geschlechtergerechtigkeit im Gesundheitssystem überwinden

- 95 • Kostenlose Verhütungsmittel für alle. Kostenübernahme für Menschen mit  
96 geringem Einkommen sowie freie Zurverfügungstellung durch die  
97 Gesundheitsämter.
- 98 • Die Menstruation ist kein Luxus. Die Absenkung der Mehrwertsteuer von 19%  
99 auf 7% ist ein erster Schritt gewesen. Doch langfristig sollen Steuern auf  
100 Menstruationsprodukte komplett abgeschafft werden. Kostenlose  
101 Zurverfügungstellung von Menstruationsprodukten auch in öffentlichen  
102 Einrichtungen (z.B. an öffentliche Toiletten und in den Berliner  
103 Gesundheitsämtern)
- 104 • Paritätische Besetzung und damit eine FINTA\*quote für Führungspositionen  
105 und Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens, in den Vorständen der  
106 Krankenkassen, Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.
- 107 • Forschungsgelder gerecht verteilen. Dabei sollen sowohl Projekte von  
108 Forscher\*innen als auch Forschungsvorhaben, die sich explizit mit  
109 FLINTA\*gesundheit oder der Gesundheitsversorgung von trans Personen  
110 beschäftigen besonders berücksichtigt werden.
- 111 • Feministische Medizinkritik soll außerdem fester Bestandteil im  
112 Medizinstudium werden.

114 Digitale Gewalt

- 115 • Berlin muss Beratungsangebote für Betroffene sexualisierter Online Gewalt  
116 schaffen.
- 117 • Der zunehmenden Hasskriminalität im Internet muss stärker nachgegangen  
118 werden.

119 Catcalling

- 120 • Verbale sexuelle Belästigung (Catcalling) ist bisher in Deutschland kein  
121 eigener Straftatbestand. Es wird Zeit Catcalling gesetzlich strafbar zu  
122 machen, z.B. Catcalling Fälle als Ordnungswidrigkeiten mit Bußgeldern zu  
123 ahnden.
- 124 • Auch Stalking soll Straftatbestand werden.

126 Femizide

- 127 • Ein Femizid ist keine "Beziehungstat" oder "Eifersuchtsdrama", es handelt  
128 sich schlichtweg um einen Mord an einer Frau, weil sie eine Frau ist.  
129 Femizide sind ein großes Problem, trotzdem wird nicht angemessen darauf  
130 reagiert. Jeden Tag versucht ein Mann seine Partnerin oder Ex-Partnerin  
131 umzubringen. An jedem dritten Tag gelingt das. 2019 endete Gewalt gegen  
132 Frauen 111 mal tödlich. Femizide müssen auch aus einer innenpolitischen  
133 Perspektive gesehen werden.
- 134 • Gemäß der Istanbul Konvention "Übereinkommen des Europarats zur Verhütung  
135 und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt", die seit  
136 Anfang Februar 2018 in Deutschland gilt, müssen Betroffene von  
137 geschlechtsbezogener Gewalt jeder Form geschützt und als Straftat  
138 eingestuft werden. Wir fordern diese auch in Deutschland endlich  
139 konsequent umzusetzen! Der polnische und türkische Austritt aus der  
140 Istanbul Konvention ist nicht mit europäischen Werten vereinbar.
- 141 • Femizide müssen als Mord und nicht als Totschlag eingestuft werden.  
142 Trennungstötungen dürfen nicht milder bestraft werden, wie es aktuell oft  
143 der Fall ist.

144 Sexualisierte und häusliche Gewalt

- 145 • Flächendeckende Infrastruktur an Einrichtungen und Beratungsstellen für  
146 Betroffene von sexualisierter und häuslicher Gewalt in Berlin.
  - 147 • Rechtsanspruch auf Hilfe und Unterstützung bei geschlechtsspezifischer  
148 Gewalt
- 149 → Berlin braucht ausreichend Frauenhausplätze und individuelle finanzielle  
150 Unterstützung. Hier muss es auch Angebote für trans Personen geben.

151 Gender Budgeting

- 152 • Alle öffentlichen Gelder müssen konsequent geschlechtergerecht verteilt  
153 werden. FINTA\*-Personen und marginalisiert Gruppe gezielt fördern.
- 154 • Gender Pay Gap schließen
- 155 • Ehegattensplitting abschaffen

156 Queerfeministische Politik

- 157 • Die Perspektive von FINTA\*-Personen muss in allen Bereichen mitgedacht und  
158 einbezogen werden. Egal ob in der Stadtplanung, bei der Mobilitätspolitik  
159 oder in der Gesundheitspolitik!

160 Lohnarbeit, Prekäre Arbeitsbedingungen und Care-Arbeit

- 161 • Care-Berufe, die vor allem FINTA\*-Personen ausüben, brauchen bessere  
162 Arbeitsbedingungen. Jede dritte Frau arbeitet im Fürsorgebereich.  
163 Erzieher\*innen, Hebammen, Kranken- und Altenpfleger\*innen brauchen ein  
164 angemessenes Mitspracherecht, mehr Gehalt, mehr Personal und eine  
165 Arbeitszeitverkürzung im Pflegebereich.
- 166 • Frauen\* und Queers übernehmen weiterhin den Großteil der nicht entlohnten  
167 Sorge-, Erziehungs- und Haushaltstätigkeiten. Diese Doppelbelastung wird  
168 bisher nicht entlohnt und ist häufig unsichtbar. Care-Arbeit von FINTA\*-  
169 Personen muss endlich als systemrelevant angesehen und entlohnt werden  
170 (z.B. über das Bedingungslose Grundeinkommen.)

171 Altersarmut

- 172 • Rentnerinnen haben eine 53% geringere Rente als Rentner. Altersarmut ist  
173 weiblich. Gerechtes Rentensystem jetzt!